

# TIBET 360°

INFORMATIONEN | MEINUNGEN | ANALYSEN



AUSGABE 1 | 2022



Zivilgesellschaft fordert konsequente Menschenrechtspolitik

Einzelfall:  
Go Sherab Gyatso

Internatsschulen  
für tibetische Kinder



# ZIVILGESELLSCHAFT FORDERT KONSEQUENTE MENSCHENRECHTSPOLITIK

## Editorial



Kai Müller,  
ICT-Geschäftsführer

Foto: Yan Revazov

Ohne Zweifel wird der Regierungswechsel in Deutschland aufmerksam verfolgt, auch von all jenen, die sich für eine Verbesserung der Menschenrechtslage in der Volksrepublik China einsetzen. Erwartung entsprechender Teile der Zivilgesellschaft, von Tibetern, Uiguren, Hongkongern und chinesischen Menschenrechtsverteidigern, ist, dass die neue Bundesregierung aus der schlechten, teils verheerenden Menschenrechtslage Konsequenzen zieht, und es nicht nur bei – freilich unverzichtbarer – verbaler Kritik belässt.

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat positive Signale gesetzt, die allerdings recht schnell erster Ernüchterung gewichen sind. Eine eindeutige Positionierung der Bundesregierung im Lackmus-Test Olympische Spiele – Stichwort „diplomatischer Boykott“ – ist bislang ausgeblieben. Unterdessen setzt Bundeskanzler Scholz ganz offensichtlich auf „Kontinuität“ im Verhältnis zur Kommunistischen Partei. Dass Peking die Parameter dieser „Kontinuität“ beständig zu seinen Gunsten verschieben will, droht unter den Tisch zu fallen. Dabei gerät auch aus dem Blick, welche Möglichkeiten deutsche und europäische Menschenrechtspolitik

gegenüber der KP Chinas eigentlich hat. Dazu zählt etwa die Erweiterung personenbezogener EU-Sanktionen auf Funktionsträger in Staat und Partei, die für Menschenrechtsverletzungen auch in Tibet verantwortlich sind.

Und auch Kreativität wäre gefragt, wie zuletzt im UNO-Menschenrechtsrat von Großbritannien vorgemacht (siehe unten). Dazu müsste man sich aber lösen von der Vorstellung, dass eine konsequente Menschenrechtspolitik ohne offenen Dissens möglich sei – gerade gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas. Im Gegenteil: Menschenrechtspolitik ist gerade dann wirksam, wenn sie den Widerspruch nicht scheut. Die Hoffnung ist, dass die neue Bundesregierung dieses „Mindset“ verinnerlicht. Ansonsten bleibt der „Wechsel“ doch nur ein Papiertiger.



### Mehr Informationen:

ICT-Blog „Deutschland braucht eine neue China-Politik“:

<https://bit.ly/3dmUVvW>

## ÜBERRASCHEWENDE WENDUNG IM UNO-MENSCHENRECHTSRAT

Es sah nach ‚Business As Usual‘ aus während der Septembersitzung des UNO-Menschenrechtsrates in Genf. Zusammen mit anderen autoritär geführten Staaten brachte die chinesische Delegation eine Resolution mit dem Titel „Negative impact of the legacies of colonialism on the enjoyment of human rights“ ein. Und wie bei anderen von China eingebrachten Resolutionen war mit dem bekannten Abstimmungsmuster zu rechnen, wonach vor allem sich entwickelnde Länder aus Afrika, Asien und Lateinamerika mit China abstimmen.

Überraschend jedoch brachte die britische Delegation zwei Änderungsanträge ein, die die Achtung von Minderheitenrechten einforderten und vor kultureller Assimilation warnten. Während die Anträge, ohne Zweifel eine Anspielung auf die Situation in Ost-Turkestan und auch Tibet, von China vehement abgelehnt wurden,

fanden sie hingegen Unterstützung bei Ländern wie Mexiko, Namibia oder Togo. Andere wie Bangladesch, Elfenbeinküste oder Gabun enthielten sich, mit dem Ergebnis, dass die Änderungsanträge eine Mehrheit im Rat erhielten und Teil der Resolution wurden. Infolge der Abstimmungsniederlage zog die chinesische Delegation eine weitere Resolution zurück. Sie macht deutlich, dass sich die KP Chinas ihrer Unterstützung im Menschenrechtsrat weit weniger sicher sein kann, als angenommen.



### Mehr Informationen:

ICT-Meldung zur 48. Sitzung des UNO-Menschenrechtsrates:

<https://bit.ly/3dmUVvW>



# INTERNATSSCHULEN FÜR TIBETISCHE KINDER



## ENTFREMUNG VON DER TIBETISCHEN KULTUR

Mithilfe eines groß angelegten Internatssystems versucht die chinesische Führung offenbar, möglichst viele tibetische Kinder von ihrer Herkunftskultur zu entfremden. Besonders eindrucksvoll zeigt dies aktuell ein im Dezember 2021 veröffentlichter Bericht des „Tibet Action Institute“ mit dem Titel „Separated from their Families, hidden from the World“. Demnach haben die chinesischen Behörden in Tibet in den vergangenen zehn bis 15 Jahren ein regionales Netz von Internaten eingerichtet, um tibetische Kinder auf diese Weise schon bewusst in jungem Alter von ihren Eltern, ihren Familien und ihrem Zuhause zu trennen. Das Programm zielt in erster Linie darauf ab, die Kinder von ihrer eigenen Sprache und Kultur fernzuhalten und sie stattdessen staatlichem Einfluss auszusetzen. Dies sei wiederum Teil einer Assimilationskampagne, die darauf abziele, „Bedrohungen für die Kontrolle der Kommunistischen Partei Chinas durch die Beseitigung ethnischer Unterschiede zu begegnen“, wie „Radio Free Asia“ (RFA) aus dem Bericht des Tibet Action Institute zitiert.

### Erzwungene Trennung von Familien und Kultur

In den zu diesem Zweck eingerichteten Schulen findet der Unterricht dem Bericht zufolge hauptsächlich auf Chinesisch statt. Weiterhin sei der Unterricht mit einer intensiven politischen Indoktrination der tibetischen Schüler verbunden. Das „Tibet Action Institute“ bezeichnet die Internate als chinesische „Kolonialprojekte“ und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass etwa 800.000 tibetische Kinder im Alter von bis zu 18 Jahren und damit rund 78 Prozent aller tibetischen Schüler dazu gezwungen würden, in den besagten Internatsschulen zu leben. Dort litten sie unter psychologischen und emotionalen Traumata, die durch die erzwungene Trennung von ihren Familien und ihrer Kultur verursacht würden. Die tibetische Schriftstellerin Tsering Yangzom Lama verglich die chinesischen Internatsschulen in Tibet in einem Zeitungskommentar mit den berüchtigten „Residential Schools“ in

Kanada. Diese hatten die staatlichen Behörden im 19. Jahrhundert für die Kinder der kanadischen Ureinwohner eingerichtet und erst im Jahr 1996 geschlossen.

### Selbst Kinderreime und Gutenachtgeschichten auf Chinesisch

Die Folgen der chinesischen Internatsschulen für das langfristige Überleben der tibetischen Identität seien „gravierend“, heißt es weiter in dem Bericht. Ein tibetischer Lehrer beschreibt darin außerdem, wie die chinesischen Behörden in Osttibet von Kindern ab vier Jahren verlangen, in Schulen zu leben, in denen „die Lehrer nur Mandarin sprechen und den gesamten Lehrplan ausschließlich in Mandarin abhalten, einschließlich Kinderreimen und Gutenachtgeschichten“. Wenn die Kinder dann schließlich im Alter von sieben Jahren auf die Grundschule kämen, könne kaum eines von ihnen noch Tibetisch sprechen, so der Lehrer. Ergänzt wird das System der Internatsschulen offenbar durch verstärkten Druck auf die noch existierenden tibetischen Privatschulen. Auch dort werde nun verstärkt die politische Ideologie des sogenannten „Xi Jinping-Denkens“ gelehrt. Alle Lehrbücher würden ins Chinesische übersetzt, Lehrer und Schüler müssten „ihre Gedanken umwandeln“, Mönche dürften nicht mehr unterrichten und Schulen keinen Unterricht über den tibetischen Buddhismus mehr anbieten.

Der Bericht des „Tibet Action Institute“ belegt in jedem Fall deutlich, dass die Internatsschulen für tibetische Kinder und Jugendliche ein wichtiger Baustein von Xi Jinpings Assimilationspolitik sind. Damit wächst die Bedrohung für das Überleben der tibetischen Identität und Kultur immer weiter.



### Mehr Informationen:

Bericht des Tibet Action Institute:

<https://bit.ly/2WvBOUy>

Systematischer Angriff auf Tibets Sprache und Kultur:

<https://bit.ly/2W6tz7k>

# 3

# EINZELFALL: GO SHERAB GYATSO



Die International Campaign for Tibet (ICT) ist zutiefst besorgt über Berichte über die Verurteilung des bekannten tibetischen Autors Go Sherab Gyatso zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe und fordert von der chinesischen Regierung seine sofortige Freilassung.

Gyatso's willkürliche Verhaftung hatte zuletzt international Aufmerksamkeit erregt, als UN-Sonderberichterstatter und Menschenrechtsexperten öffentlich in einem Schreiben an die chinesische Regierung ihre Sorge über den Verbleib des 46-jährigen Mönches geäußert hatten. In ihrer Antwort hatte die chinesische Regierung die UN-Experten darüber informiert, dass Go Sherab Gyatso im Oktober 2020 wegen des Verdachts der „Aufwiegelung zur Sezession“ festgenommen worden war.

## BESORGNISERREGENDES REPRESSIONSMUSTER

Der Fall Go Sherab Gyatso ist Teil eines besorgniserregenden Repressionsmusters in Tibet, mit dem die chinesischen Behörden rücksichtslos abweichende Meinungen oder unabhängiges Denken verfolgen. Go Sherab Gyatso muss sofort freigelassen werden, weil er nichts anderes getan hat, als friedlich seine Meinung zu äußern. ICT fordert die internationale Gemeinschaft, Regierungen und Parlamente auf, seinen Fall öffentlich bei der chinesischen Regierung anzusprechen.“

Go Sherab Gyatso wurde am 26. Oktober 2020 in Chengdu, Provinz Sichuan, von Beamten der so genannten Autonomen Region Tibet festgenommen. Radio Free Asia (RFA) berichtete am 12. Dezember 2021, Gyatso sei in einem geheimen Verfahren verurteilt worden. Laut einer Quelle von RFA wird Gyatso demnächst in ein Gefängnis in der

Nähe von Lhasa verlegt. Die chinesische Regierung hatte in ihrer Antwort an UN-Menschenrechtsexperten vom August 2021 erklärt, Gyatso werde vor dem „Mittleren Volksgericht“ Lhasas angeklagt.

Die chinesischen Behörden verwenden gewöhnlich den Vorwurf der „Sezession“ oder des „Separatismus“ als Vorwand, um Unterstützungsbekundungen für die tibetische Kultur und den Dalai Lama oder abweichende Meinungen und unabhängiges Denken zu verfolgen. Das Völkerrecht schützt eine solche friedliche Meinungsäußerung, selbst wenn diese erfolgt, um die Unabhängigkeit Tibets von China zu fordern.

Gyatso gehört dem Kloster Kirti an und hat als Autor mehrere Bücher über tibetisch-buddhistische Philosophie, Tradition und Kultur veröffentlicht. Immer wieder werden Tibeter, darunter häufig Gelehrte und Schriftsteller, von den chinesischen Behörden festgenommen und verurteilt oder sie verschwinden, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben.



## Mehr Informationen:

Schreiben der  
UN-Sonderberichterstatter  
an die chinesische Regierung:  
<https://bit.ly/2SGoDUF>

## Impressum TIBET<sup>360°</sup>

**Herausgeber:**  
International Campaign for Tibet  
Deutschland e.V.  
Schönhauser Allee 163  
10435 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 2787 9086  
Fax: +49 (0) 30 / 2787 9087  
info@savetibet.de  
www.savetibet.de

**V. i. S. d. P.:** Kai Müller

**Stand:** 12. Januar 2022

**Druck:** Arnold Group, Großbeeren

## +++newsTICKER+++



Foto: RFA

Chinesische Behörden zerstören  
Buddhastatuen, mindestens sechs  
Tibeter festgenommen

<https://bit.ly/2Yz6prM>



Foto: ©\_European Union 2018\_European Parliament-CC BY-NC-ND 2.0

Fünf Empfehlungen für die französische  
EU-Ratspräsidentschaft und fünf  
Aktionspunkte für Tibet

<https://bit.ly/2yxYf8g>

Aktuelle Studie warnt vor Pekings  
Autarkiestreben und aggressiver  
Außenpolitik

<https://bit.ly/2yvxf9C>

Tibet: Fünf Jahre Haft für Weitergabe  
von Dalai Lama-Texten

<https://bit.ly/2Yz6prM>

## Newsletter

Die International Campaign for Tibet  
versendet regelmäßig per E-Mail aktu-  
elle Informationen über Tibet und die  
Arbeit der ICT.

<https://savetibet.de/newsletteranmeldung/>

